t e.G.m.b.H.

t

ickerei
2 Pfd. 40 Pf.
feines
. . 2.— RM.

20 u. 0.80 „
00 u. 2.00 RM.
öße 1.50 RM.
3.00 RM.
en, Bienenstich,
kannten Preisen.

bis spätestens
Abgabestellen.

Dose 0.50 RM.
end aus grünen
½ D. 0.38 RM.
Obstkonserven

t, aus eigener
50 2.80 3.00 RM.

0 RM. o. Glas.
inzer.
er Schwarzberg
0.58 RM. o. Gl.
, die Eintragung
Fettversorgung
digen Abgabe-
nen.
er Vorstand.



hr
r Ledermann!
liesmal etwas Ledernes
braucht Lederwaren, die
Ledertaschen nicht sein
auch die Tochter haben
nes gewünscht. Selbstver
serer schönen großstadt-
in Bocholt und Umgebung
lität und Preiswürdigkeit
naker, Ostermarkt

UE OPEL
Dett
nis für das
djahr 1937
chnittige Form
Ganzstahlkarosserie
rtakt-Motor
-Federung
emsen
ng
um
rsessel für vier
efederten Raum
O ab Werk
e und über-
sich selbst!
nd Auskunft:
n & Co. m.b.H.
m Bahnhof
2806

E
ummer
ist
3247
emming.

Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 353 | Montag, den 21. Dezember 1936 | Jahrgang 1936

Die Reformgesetzgebung für die deutschen Gemeinden.

Dr. Frick über die neuen Realsteuergesetze. — Der Zwang zur Sparsamkeit. — Ein Zweckverbandsgesetz in Vorbereitung.

Finanzielle Gesundung.

DNB **Berlin**, 20. Dezember.

Reichsminister Dr. Frick beantwortete einem Vertreter des „Völkischen Beobachters" Fragen über die neuen Realsteuergesetze und das Gesetz über die Verfassung und Verwaltung der Reichshauptstadt. Zu den Auswirkungen der Realsteuerreform auf die Gemeindefinanzen erklärte Reichsminister Dr. Frick, das wesentlichste Zeichen dieser Reform liege darin, daß sie das gesamte Steuersystem klar und übersichtlich gliedere. Für die Gemeinden selbst werden durch die Reform eine Reihe wichtiger Gesichtspunkte verwirklicht. So kommt beispielsweise in der Ueberlassung der Gewerbesteuer die enge Verbundenheit der Gemeinden mit der örtlichen Wirtschaft zum Ausdruck. Das Interesse, das die Gemeinden an der Erhaltung dieser Wirtschaft haben müssen, soll sie zu einer sparsamen und gesunden Ausgabenpolitik veranlassen. Die Reformgesetzgebung wird zwangsläufig zu einer Neugestaltung der Lasten- und Aufgabenverteilung in den einzelnen Ländern führen. Dabei wird es das Ziel sein, den Aufgabenkreis der Gemeinden, der in den einzelnen Ländern noch sehr verschiedenartig abgegrenzt ist, für das ganze Reich einheitlich zu regeln.

Reichsinnenminister Dr. Frick stellte dann fest, daß die finanzielle Gesundung der Gemeinden auch im Haushaltsjahr 1936 weitere erfreuliche Fortschritte gemacht habe.

Teilweise habe man sogar in beachtlichem Maße Schulden tilgen und Rücklagen machen können. Dazu habe im wesentlichen die Kreditpolitik beigetragen, die die Neuverschuldung der Gemeinden stark eingeschränkt habe.

Eine Reihe von Gemeinden, vor allem im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, im rhein-mainischen Gebiet, im Hamburger Gebiet, in Schlesien und Sachsen, bei denen die wirtschaftliche Besserung im Vergleich zu den anderen Teilen des Reiches zurückgeblieben ist, wird durch besondere zentrale Maßnahmen einer wirtschaftlichen Gesundung zugeführt werden müssen.

Die einheitliche Aufgabe, das nationale Aufbauwerk des Führers zu sichern, gebietet nach wie vor den Zwang zur Sparsamkeit auf allen Gebieten. Alle Ausgaben, deren Leistung sich nicht als wirklich lebensnotwendig für das deutsche Volk erweist, müssen zurückgestellt werden. Mittel, die durch Mehreinnahmen verfügbar werden, sind in erster Linie zur Auffüllung der Rücklagen und zur verstärkten Schuldentilgung zu verwenden. Außerordentliche Ausgaben müssen, soweit sie nicht überhaupt zurückgestellt werden können, grundsätzlich aus eigenen Mitteln der Gemeinde bestritten werden.

Auf den Hinweis, daß die Besserung der Finanzlage der Gemeinden doch wohl weitgehend auch damit zusammenhänge, daß die Wohlfahrtslasten mehr und mehr gesunken seien, stellte Reichsminister Dr. Frick fest, daß

seit der Machtübernahme von den Gemeinden auf dem Gebiet der öffentlichen Fürsorge mehr als rund 1½ Milliarden eingespart worden seien.

Der Minister stellte hierbei die nationalsozialistische öffentliche Fürsorge habe sich insbesondere bestimmt weit schärfer als früher gegenüber arbeitsscheuen und gemeinschaftsschädlichen Elementen verhalten. In diesem Sinne wird wohl in absehbarer Zeit ein Reichswanderergesetz ergehen, durch das eine gründliche Säuberung der Landstraßen von Landstreichern erreicht wird.

Dann äußerte sich Reichsminister Dr. Frick zu dem neuen Gesetz über die Verfassung und Verwaltung der Reichshauptstadt. Die grundsätzlichen Gesichtspunkte dieses neuen Gesetzes liegen darin, daß einmal unnötige Reibereien vermieden werden sollen, die sich infolge der Sonderstellung der Reichshauptstadt zwischen der Verwaltung der Stadt und der Verwaltung der bisherigen staatlichen Aufsichtsbehörde hätten ergeben können. Beide wurden daher in der Spitze zu einheitlicher Leitung in einer Hand zusammengefaßt. Zum andern machte die Größe der Reichshauptstadt eine Dezentralisation erforderlich, und schließlich soll weitergehend als in den anderen Gemeinden der Gauleiter des Gaues Berlin an den Geschäften der Gemeindeverwaltung teilnehmen.

Abschließend gab Reichsminister Dr. Frick noch einige Erklärungen über die weitere Entwicklung der kommunalen Gesetzgebung.

Er stellte dazu fest, daß in organischer Fortentwicklung der deutschen Gemeindeordnung zunächst das Zweckverbandsgesetz werde folgen müssen, das den Zusammenschluß der Gemeinden zur Durchführung gemeinsamer Aufgaben regele.

Dieses Gesetz sei bereits weitgehend vorbereitet und dürfte in absehbarer Zeit erlassen werden können. Dann müsse dann als weiterer Baustein eine deutsche Kreisordnung folgen, für die gleichfalls schon vorbereitende Arbeiten eingeleitet seien. Nebenher gingen die Durchführungsverordnungen zur deutschen Gemeindeordnung, die zum Teil noch ausstünden. Nach der Rücklagenverordnung solle das Haushalts-, Kassen- und Rechnungsrecht und später das Prüfungswesen näher geordnet werden. Damit würden die wesentlichen Durchführungsverordnungen zur deutschen Gemeindeordnung erledigt sein.



Generaloberst von Seeckt bei der Weihnachtsfeier seines Regiments.

Der Chef des Infanterie-Regiments 67 wohnte der Weihnachtsfeier des I. Bataillons in Spandau bei. General von Seeckt schreitet die Front ab. (Presse-Bild-Zentr.-M.)

Skandal am Quai d'Orsay.

Waffengeschäfte mit den spanischen Bolschewisten. - Schwere Vorwürfe gegen die französische Regierung.

Aufsehenerregende Verhaftung im französischen Außenministerium.

DNB **Paris**, 20. Dezember.

Die „Action Française" machte sich vor einigen Tagen zum Sprachrohr gewisser Gerüchte, die über einen angeblichen Skandal im französischen Außenministerium im Umlauf seien.

Hiernach sollte am 12. Dezember eine langjährige Sekretärin des Außenministeriums verhaftet worden sein. Gleichzeitig habe man einen Helfershelfer, einen — wie das Blatt sich ausdrückt — russischen Juden N. in einem großen Pariser Hotel verhaftet. Wie jetzt aus weiteren Veröffentlichungen der Pariser Sonntagsblätter hervorgeht, stehen diese Aufsehen erregenden Verhaftungen im Zusammenhang mit Waffengeschäften mit den spanischen Bolschewisten.

Die 41 Jahre alte Stenotypistin Suzanne Linder war in der Archivabteilung des Quai d' Orsay beschäftigt. Sie sei bei ihren Kolleginnen aufgefallen, weil sie nicht nur eine verhältnismäßig kostspielige Wohnung besaß, sondern auch ein Automobil. Suzanne Linder habe sich in der letzten Zeit besonders für Waffenausfuhrgenehmigungen interessiert, die mit ihrem Arbeitsbereich an sich nichts zu tun hatten. Man habe ihr nun eine Falle gestellt und ihr Waffenausfuhrgenehmigungsformulare in die Hände gespielt, die sie an einen seit drei Jahren in Paris in einem großen Hotel wohnenden 35 Jahre alten „tschechoslowakischen Staatsangehörigen russischer Herkunft" namens Rosenfeld weitergegeben habe, der angeblich ein Immobiliengeschäft in Paris betreibe, aber in Wirklichkeit mit Abgesandten der spanischen Marxisten wegen Waffenhandels in Verbindung stehe. Schon früher sei gegen ihn eine Ausweisungsverordnung erlassen worden.

„Action Française" behauptet, daß Rosenfeld sich gerühmt habe, auf ausdrückliches Verlangen der französischen Regierung regelrechte Waffengeschäfte mit den spanischen Bolschewisten getätigt zu haben. Deshalb habe man es höheren Orts für notwendig erachtet, ihn aus dem Verkehr zu nehmen.

Vielleicht sei die Angelegenheit deshalb interessant, weil die französische Ministerpräsidentschaft und gewisse französische Ministerien und das französische Außenministerium den Fall auszuschlachten suchten, um sich zu decken und gewisse Verantwortlichkeiten gegenseitig auf den anderen abzuschieben.

Eine einwandfreie Bestätigung

der sowjetrussischen Waffenlieferungen.

DNB **Paris**, 20. Dezember.

Das Mitglied des sozialistischen Parteivorstandes Zyromski, der von Beginn des spanischen Bürgerkrieges an als einer der schärfsten Anhänger der Interventionspolitik und als Kriegshetzer bekannt geworden ist, hat bereits zweimal das rote Spanien besucht. Von seiner letzten Reise zurückgekehrt, hat Zyromski am Sonnabend bei einer Veranstaltung des übel bekannten „Weltkomitees gegen den Krieg und Faschismus" einen Bericht über seine „Informations-Mission" erstattet. Nach dem Bericht des „Journal des Débats" erklärte Zyromski u. a.: „Sowjetrußland hat sich für alle Zeiten die Dankbarkeit der spanischen Republik verdient; denn seine Waffenlieferungen, Flugzeuge und Techniker haben seit dem 15. Oktober die Sache der „Demokratie" gerettet." Weiter griff Zyromski die Regierung seines Parteifreundes Blum wegen ihrer Haltung im Spanienkonflikt in äußerst scharfer Weise an.

Die Einmischung Sowjetrußlands im Mittelmeer.

Italienische Kritik an Eden.

▲ **Rom**, 20. Dezember.

Die Unterhauserklärung Edens zur Lage in Spanien hat in italienischen politischen Kreisen einiges Befremden hervorgerufen. Insbesondere findet man es unerträglich, daß England der Ausgang des Bürgerkrieges gleichgültig bleibe. In anderen Worten werde damit, wie der Direktor der „Tribuna" ausführt, erklärt, daß das englische Weltreich keinerlei Vorliebe für die eine oder andere Partei habe. Diese neutrale und passive Verzichtpolitik stimme auch nicht recht mit der Forderung nach der territorialen Unversehrtheit Spaniens überein. In Wirklichkeit sei die Unversehrtheit Spaniens seit geraumer Zeit durch die Anwesenheit regulärer sowjetrussischer Truppen an der Madrider Front in bedenklicher Weise angetastet, sowjetrussische Generäle leiteten die Operationen und die leitenden Männer der spanischen Bolschewisten könnten praktisch unter dem unmittelbaren Befehl der Moskauer Emissäre. Müsse man denn wirklich warten, bis Spanien eine sowjetrussische Kolonie geworden sei, um die Gefahr endlich zu erkennen? Die kommunistische Intervention in Spanien ist, wie „Tribuna" dann betont, eine tragische Tatsache. Es handele sich nicht mehr darum, zwischen zwei spanischen Parteien zu wählen, die um die Macht kämpfen. Es gehe um ganz andere Dinge. Eine von Moskau kontrollierte katalonische Republik wäre gleichbedeutend mit einer direkten Einmischung Sowjetrußlands im Mittelmeer. Aber auch für den allgemeinen Frieden wäre eine solche Republik eine ständige und äußerst schwere Gefahr, ein regelrechtes Pulverfaß in Europa. Deshalb sei es dringend notwendig, den Krieg, der überdies den gemeinsamen Feind aller ist, zu beenden und ihm klar zu zeigen, daß kein Stein Europas von Sowjetrußland angetastet erobert werden könne.

Die wichtigsten Sportereignisse.

In den Spielen der Zwischenrunde um den Reichsbund-Pokal blieben die Gaue Niederrhein, Baden, Sachsen und Brandenburg Sieger.

Im Gau Westfalen führt Schalke 04 jetzt ungeschlagen in der Tabelle. — Spvg Fürth, die am Vorsonntage den 1. FC Nürnberg schlug, verlor gegen ASV Nürnberg 1:2.

Herber-Baer begeisterten in Krefeld. Die German Canadians gewannen gegen Oxford University 13:8.

Das schöne Wetter brachte den Pferde-Rennen in Duisburg-Kaiserberg Massenbesuch.

Ein amerikanischer Völkerbund?

Interamerikanische Friedenskonferenz empfiehlt Bildung eines Verbandes der Staaten.

DNB **Buenos Aires**, 21. Dezember.

Die interamerikanische Friedenskonferenz hielt am Sonnabend eine Vollsitzung ab, in der 23 Ausschußvorschläge angenommen wurden. Der bedeutendste Entschluß ist eine Empfehlung zum Zusammenschluß in Form eines amerikanischen Staatenverbandes. Die Gründung eines solchen Verbandes soll auf die Tagesordnung der achten Konferenz in Lima gesetzt werden.

Der Vertreter Costaricas, Dr. Manuel Gimenez, erklärte u. a. zu dem Vorschlag, der Völkerbund sei nicht das erwartete Ideal geworden und habe die an ihn gestellten Anforderungen nicht so erfüllt, wie die Menschheit erhoffte. Krieg habe Völker gespeist, ohne daß der große Organismus Mittel gehabt hätte, ihn zu verhindern. Der Redner fragte, welchen Glauben die kleinen Nationen noch zu einer Einrichtung haben könnten, die nicht im Stande sei, sie zu schützen? Wenn man auch anerkennen könne, daß der Völkerbund ein großartiger Versuch gewesen sei, so müsse man doch sagen, daß die amerikanischen Völker unmöglich an seine Bestimmung als Mittelpunkt des Friedens und der Gerechtigkeit glauben können.

Die Konferenz nahm ferner den Vorschlag auf Abschluß eines Abkommens zur Erklärung und Erweiterung der zwischen amerikanischen Staaten bestehenden Verträge und zu ihrer Angleichung an. Weitere Beschlüsse betreffen den Abschluß eines Abkommens zur Orientierung des Unterrichts im Sinne des Friedensgedankens, die Förderung der kulturellen Beziehungen, den Austausch von Publikationen und Lehrplänen, ein Abkommen über panamerikanischen Konferenz und moralische Abrüstung sowie ein Abkommen über die Rechte und Pflichten der Frauen in Friedenszeiten.



Junge Spanierinnen als Krankenschwestern und Helferinnen.

Die „Margheritas", Mitglieder einer weiblichen Jugendorganisation, betätigen sich als Krankenschwestern und Helferinnen. Wir sehen eine Gruppe der Mädchen mit Nähen und Stricken von Kleidungsstücken für die an der Front kämpfenden nationalen Truppen beschäftigt. (Scherl-Bilderdienst-M.)

200 Millionen RM. Preußenanleihe

♥ **Berlin**, 20. Dezember.

Die Preußische Finanzverwaltung hat an das unter Führung der Preußischen Staatsbank (Seehandlung) stehende Bankenkonsortium (Preußen-Konsortium eine viereinhalbprozentige Anleihe von 200 Millionen RM. begeben. Der Erlös der Anleihe dient zur Abdeckung demnächst fälliger Verbindlichkeiten, insbesondere zur Einlösung der am 1. Februar 1937 fälligen 150 Millionen RM. viereinhalbprozentigen Preußischen Schatzanweisungen Folge I von 1934.

Die verhältnismäßig geringen Schulden Preußens haben sich in den letzten Jahren in ihrem Umfange kaum geändert. Es erscheint jedoch wünschenswert, sie aus der zur Zeit vorwiegenden mittelfristigen Form in die langfristige zu überführen. Diesem Ziele dient die jetzt zur Zeichnung kommende Anleihe. Sie hat eine Laufzeit von 20 Jahren und wird mit etwa 3,2 Prozent jährlich zuzüglich ersparter Zinsen getilgt. Die hierfür erforderlichen Beträge während der Laufzeit der Anleihe werden alljährlich durch den Haushaltsplan des Landes Preußen bereitgestellt. Reichsregierung und Reichsbank haben ihr Einverständnis erklärt.

Das Bankenkonsortium wird in erster Linie die Anleihe den Besitzern der am 1. Februar nächsten Jahres fälligen 4½prozentigen Preußischen Schatzanweisungen zum Umtausch anbieten und den zum Umtausch nicht benötigten Betrag gegen Barzahlung begeben. Der Zeichnungskurs wird für den Umtausch auf 97,25 Prozent, für Barzeichnung auf 97,50 Prozent festgesetzt werden.

Die Zeichnungsfrist ist für die Zeit vom 2. bis 15. Januar nächsten Jahres in Aussicht genommen.

Ueberreichung des Olympia-Ehrenzeichens

an führende ungarische Persönlichkeiten.

DNB **Budapest**, 20. Dezember.

Der deutsche Gesandte von Mackensen überreichte in diesen Tagen dem Innenminister von Kozma, dem Finanzminister Fabinyi und dem früheren Oberkommandierenden der Honved, General Shvoy, das ihnen vom Führer und Reichskanzler verliehene deutsche Olympia-Ehrenzeichen.

Gleichzeitig erhielten mehrere führende Persönlichkeiten des ungarischen öffentlichen Lebens, die sich ebenfalls um die Beteiligung Ungarns an den Olympischen Spielen 1936 in Berlin besondere Verdienste erworben hatten, das Ehrenzeichen.

Das Innenkommissariat der Sowjetunion veröffentlicht eine Statistik über die Zahl der in der Sowjetunion geschlossenen Gotteshäuser. Aus dieser Statistik geht hervor, daß im Laufe des Jahres 1935 insgesamt 14000 Kirchen, Kapellen und andere Gotteshäuser geschlossen worden sind. Die GPU. habe im gleichen Jahre im ganzen 3687 Geistliche verschiedener Bekenntnisse strafrechtlich verfolgt und 23 von ihnen erschossen.

Beck über eine Aeußerung Schachts.

Fragen zur polnischen Außenpolitik.

DNB **Warschau**, 20. Dezember.

Im Auswärtigen Ausschuß des Senats fand am Sonnabend eine außenpolitische Aussprache statt. Auf die von einzelnen Senatoren gemachten Ausführungen und die von ihnen gestellten Fragen antwortete Außenminister Beck abschließend in einer kurzen Ansprache. Er ging zunächst auf die Beziehungen zu Litauen ein und unterzog die Politik der litauischen Regierung einer scharfen Kritik.

Auf eine Frage, die die Frankfurter Rede des Reichsministers Dr. Schacht betraf, sagte Minister Beck: „Ich möchte hier erklären, daß wir vor einigen Tagen aus dem eigenen Munde des Ministers Dr. Schacht die kategorische Feststellung erhalten haben, daß eine Interpretation, als ob seine Rede gegen berechtigte Interessen des polnischen Staates gerichtet gewesen sei und als nicht übereinstimmend mit dem zwischen Polen und Deutschland hergestellten Zustande der guten Nachbarschaft und des Nichtangriffs angesehen werden könnte, nicht im geringsten seinen Absichten entspreche. Ich nehme an, daß diese einfache Erklärung eine genügende Antwort auf die Frage ist."

Im weiteren berührte Minister Beck in seinen Ausführungen die polnischen See- und Kolonial-Fragen. Er habe es für notwendig gehalten, diese Probleme auf internationalem Boden darzulegen, nicht, weil er äußeres Prestige oder irgendwelchen äußeren Ehrgeiz befriedigen oder gar Störungen hervorrufen wolle. Da aber einmal ein internationaler Meinungsaustausch und der Versuch einer internationalen Verständigung zur Ueberwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten kommen werde, solle dann die polnische Stimme nicht fehlen. Je weiter sich die Welt auf ihrem jetzigen negativen Wege fortbewege, umso breiter werde voraussichtlich die Plattform sein, von der aus man Auswege aus der jetzigen Lage suchen müsse. Daher habe er es nicht für übertrieben gehalten, auf die beiden wichtigen Probleme, nämlich das der Uebervölkerung und das des Rohstoffbezuges gegen Devisen hinzuweisen.

Im Schlußteil seiner Rede versicherte Minister Beck, daß die polnischen Konsulate sich mit größter Gewissenhaftigkeit der polnischen Emigranten und der polnischen Staatsbürger im Auslande annähmen. Weiter betonte er, daß das diplomatische Korps Polens, das nicht sehr zahlreich sei, sich durch die Kenntnis der Sprache des Landes, in dem es arbeite, auszeichne. Dadurch werde ein enger Kontakt mit dem Auslande hergestellt, nicht nur auf bürokratischem Wege, sondern auf allen Gebieten des staatlichen Lebens.

Verlesung der Königsproklamation in London.

£ **London**, 19. Dezember.

In feierlicher Form wurde am Samstagnachmittag von dem Ersten Wappenherold Englands, Sir Gerald Wollaston, die Krönungsproklamation des Königs verlesen. Der Staatsakt spielt sich in derselben mittelalterlichen Pracht ab, wie auch die Ausrufung des Königs. An vier Stellen Londons, nämlich am St.-James-Palast, bei Charing Croß, am Temple und an der Börse wurde die Proklamation verlesen, in der der König das Datum der Krönungsfeier auf den 12. Mai festlegte und die Mitglieder des Ausschusses ernannte, der zu prüfen hat, wer berechtigt ist, aktiv an der Krönungsfeier teilzunehmen. Dem Ausschuß gehören u. a. auch die Erzbischöfe von Canterbury und York, Baldwin, MacDonald und Lord Hailsham an. An erster Stelle wurde der Bruder des Königs, der Herzog von Gloucester, genannt.

208 Bergleute eingeschlossen.

£ **London**, 19. Dezember.

Das Grubenunglück in der Nähe von Asansol in Indien hat nach den letzten Meldungen einen noch größeren Umfang, als man ursprünglich befürchtet hatte. 208 Mann sollen in der Kohlengrube eingeschlossen sein; es besteht wenig Aussicht, die Bergleute noch zu retten.

Deutscher Dank an die französische Kriegsmarine.

Hilfe bei Ausbesserungsarbeiten eines deutschen Torpedobootes.

(!) **Paris**, 19. Dezember.

Der Marineattaché an der deutschen Botschaft in Paris, Fregattenkapitän Litzmann, hat am Samstagvormittag dem französischen Kriegsmarineminister Gasnier-Duparc einen Besuch abgestattet. Bei dieser Gelegenheit hat der deutsche Marineattaché ein Schreiben des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine Generaladmiral Raeder überreicht, in dem dieser dem französischen Marineminister seinen Dank für die Sympathie ausspricht, die den deutschen Torpedobooten „Wolf" und „Jaguar" anläßlich ihres Aufenthalts in Brest von der französischen Marine und der Bevölkerung erwiesen wurde. Ebenso wird in dem Schreiben für die tatkräftige Hilfe bei den Ausbesserungsarbeiten eines der Schiffe gedankt. Gleichzeitig gibt Generaladmiral Raeder der Hoffnung Ausdruck, daß der Aufenthalt der beiden deutschen Torpedoboote in dem französischen Kriegsmarinehafen dazu beigetragen haben möge, die Beziehungen zwischen der französischen und der deutschen Marine enger zu gestalten.

Der deutsche Marineattaché hat dem Minister versichert, wie außerordentlich angenehm die deutsche Marine von der Herzlichkeit des Empfanges von seiten der Marine und der zivilen Behörden in Brest berührt worden sei. Vor allem sei sie dankbar für die schnelle und tatkräftige Hilfe, die das Arbeiterpersonal des Marinearsenals von Brest ihr gewährt habe. Er fügte hinzu, wenn ähnliche Umstände französische Kriegsschiffe in deutsche Häfen führen sollten, würden sich die deutschen Seeleute für die ihnen erwiesenen Dienste erkenntlich zeigen und würden besonders glücklich sein, ihre französischen Kameraden ebenso herzlich zu empfangen.

Kriegsminster Gasnier-Duparc dankte dem deutschen Marineattaché und bat ihn, dem Generaladmiral Raeder ebenfalls seinen Dank für diesen so herzlichen Brief zu übermitteln. Wörtlich sagte der Minister: „Alle Seeleute sind in gemeinsamer Gefahr solidarisch. Sie folgen darin großen und schönen Ueberlieferungen. Die französische Marine ist glücklich gewesen, die Gelegenheit zu haben, der deutschen Marine ihre Gefühle der Höflichkeit und Solidarität zu bekunden."

Oberst de la Rocque fordert ernsthafte Annäherung zwischen Paris und Berlin.

„Die größte und bestorganisierte Partei Frankreichs."

(!) **Paris**, 20. Dezember.

Auf der Schlußsitzung des ersten großen Kongresses der französischen Sozialpartei hielt der Gründer der Partei, Oberst de la Rocque, eine bedeutsame Rede. Nachdem er unterstrichen hatte, daß die Sozialpartei nunmehr die Zahl von zwei Millionen Mitgliedern überschritten habe, wodurch sie die größte und bestorganisierte und über ganz Frankreich verbreitete Partei geworden sei, wandte er sich vor allem gegen Sowjetrußland, dessen barbarisches System er anprangerte, und forderte die Abschaffung des französisch-russischen Paktes.

Dann wandte er sich gegen die „Apostel der alten politischen Gewohnheiten", gegen die französischen Berufspolitiker und Parlamentarier. In diesem Zusammenhang forderte er, daß der Bestand und die Herkunft ihrer Privatvermögen geprüft werden müßten.

Den Bolschewisten rief de la Rocque zu: „Eure rote Fahne wird in Frankreich nicht durchkommen!" Der anderen Seite sagte er: „Wenn Ihr nicht Euren Eigennutz vergessen wollt, wenn Ihr Euch nicht der brüderlichen Zusammenarbeit mit allen Franzosen widmen wollt, werden wir Euch mit unseren eigenen Händen hinwegfegen."

Weiter führte de la Rocque aus, schon im April 1936 hätten die Feuerkreuzler bezw. die französische Sozialpartei Reformen gefordert, die dann von der Volksfront-Regierung auf sozialem Gebiet durchgebracht worden seien.

Gegenüber den Völkern, die auf der ganzen Welt den Schrecken des Hasses und der asiatischen Sklaverei verbreiten wollten, müsse Frankreich wieder eine Macht der Ordnung und des Beispiels werden, um seinen alten Glanz wiederzufinden.

In einer Entschließung wurde dem Führer der Partei einstimmig Vertrauen, Treue und Gefolgschaft ausgesprochen.

In dem vor seiner großen Schlußrede zur Verlesung gebrachten Parteiaufruf de la Roques wird ebenfalls der unerbittliche Kampf gegen zwei Gefahren, die Frankreich bedrohten, zum Ausdruck gebracht: Einmal gegen die blutige Revolution und zum anderen gegen den Rückfall in das asiatische Barbarentum. Die französische Sozialpartei fordert eine Staatsreform dahingehend: Dem Präsidenten der Republik werden größere Machtbefugnisse eingeräumt, die Verteidigungsmittel des Staates werden bis zur größten Vervollkommnung ausgebaut, die Wirtschaft des französischen Mutterlandes und seiner Kolonien wird vervollkommnet, vor allem aber müsse die französische Diplomatie umgestellt werden auf eine realistische Linie, die freigemacht sei von allen Verpflichtungen gegenüber der Sowjetunion.

Die französische Sozialpartei fordert weiter den Ausbau eines festen Bündnisnetzes, besonders mit England, Italien, Polen und den Staaten der Kleinen Entente, um dann freimütig zu einer Gründung eines dauerhaften europäischen Friedens durch eine ernsthafte Annäherung zwischen Paris und Berlin zu gelangen.

Siegreiches Vordringen der nationalen Truppen an allen Fronten.

Witterungsumschwung vor Madrid.

DNB **Toledo**, 20. Dezember.

In der Madrider Front hat sich jetzt nach einer langen Kältezeit das Wetter überraschend aufgeklärt. Von dem leuchtend blauen Himmel scheint jetzt die wärmende Sonne, die von den Soldaten nach den kalten und regnerischen Wochen freudig begrüßt wurde. Die zuversichtliche Stimmung der nationalen Truppen ist durch diesen Witterungsumschwung noch weiter gestärkt worden.

Die allseitig erwarteten bedeutenden Kampfhandlungen brachten insofern eine Ueberraschung, als diese Kämpfe sich nicht wie letzthin stets in der Gegend von Pozuelo, also am linken Flügel abwickelten. Dagegen herrschte am ganzen Stadtrande Madrids rege Feuertätigkeit. Die nationale Artillerie beschoß unaufhörlich die Stellungen der Roten am Nordbahnhof, der Montana-Kaserne und der Sigovia-Brücke. Riesige Rauchsäulen stiegen aus dem völlig ausgebrannten Nordbahnhof auf. Die Artillerie der Roten mußte sich auf Abwehrfeuer beschränken, das aber ohne Erfolg blieb.

Die Operationen am linken Flügel scheinen vorläufig abgeschlossen zu sein. Die Roten sind anscheinend dort derart aufgerieben worden, daß sie es offenbar gar nicht mehr versuchen, ihre verlorenen Stellungen bei Boadilla zurückzuerobern. Zurückkehrende Soldaten berichteten, daß die nationalen Truppen bei ihrem Vordringen innerhalb Madrids längs des Paseo de Rosales weitere Fortschritte gemacht haben. Nach Aussagen vieler roter Ueberläufer nehmen die roten Milizen nur noch widerwillig an den Kämpfen teil.

Dem Heeresbericht des Obersten Befehlshabers in Salamanca vom Sonnabend zufolge nahmen die nationalen Truppen an der Madrider Front den Ort Villanueva de la Canada. Ohne großen Widerstand zu leisten, ließen die Roten ihre Stellungen hier in Stich.

An der Front von Somosierra brachen die nationalen Truppen unerwartet in die feindliche Linien ein und brachten den Bolschewisten große Verluste bei.

Auf ihrem Vormarsch eroberte die Südarmee die Ortschaft Valenzuela in der Provinz Cordoba. Die roten Milizen wichen auch hier nach kurzem Widerstand unter schweren Verlusten an Menschen und Kriegsmaterial in wilder Flucht zurück. Sechs rote Flugzeuge wurden von den nationalen Batterien zur Rückkehr gezwungen. Zwei Maschinen stürzten dabei ab.

„Nationale Truppen weit überlegen"

DNB **Salamanca**, 20. Dezember.

Die rote Madrider Zeitung „El Sol" erkennt in einem Leitartikel ihrer Sonnabendausgabe die vorzügliche Moral und die glänzende Führung und Organisation der nationalen Truppen unumwunden an. Das Marxistenblatt muß offen zugeben, daß die Soldaten des nationalen Spaniens nach den Gesichtspunkten modernster Kriegstaktik kämpften und es verständen, ihre Waffen bedeutend besser einzusetzen als die roten Milizen. Die Kampflage habe sich in den letzten zwei Monaten immer mehr zugunsten des Gegners gewandelt. Wenn noch irgendeine Hoffnung auf einen Sieg bleiben solle, so schließt bekümmert das rote Blatt, so sei die Beseitigung der Milizen und die Aufstellung eines einheitlichen Heeres unbedingt erforderlich.

Wie es allerdings möglich sein soll, aus den disziplinlosen roten Horden ein richtiges Heer zu schaffen, verrät das marxistische Blatt nicht.

Luftbombardement

auf sowjetrussische Munitionstransporte.

DNB **Salamanca**, 20. Dezember.

Nach Mitteilung des Nationalsenders haben mehrere Flugzeuge den Hafen von Alicante sowie zwei sowjetrussische Munitionsschiffe erfolgreich bombardiert. An Bord der sowjetrussischen Dampfer befand sich Kriegsmaterial, das im Hafen von Alicante gelöscht wurde, um den roten Milizen in Madrid zur Verfügung gestellt zu werden. Die Hafenanlage von Alicante und die beiden Sowjetdampfer wurden durch die Bomben der nationalen Flugzeuge schwer beschädigt.

Enttäuschung in Nanking

über die noch nicht erfolgte Freilassung Tschiangkaischeks.

Tschanghsüliangs Bedingungen.

× **Nanking**, 19. Dezember.

Soweit hier bisher bekanntgeworden ist, hat Tschanghsüliang für die Freilassung des Marschalls Tschangkaischek folgende sechs Bedingungen gestellt:

1. Zahlung von 300 Millionen chinesische Dollar. (Der chinesische Nationaldollar hat einen Wert von ungefähr 74 Reichspfennigen, 300 Millionen chinesische Dollar also etwa 225 Millionen RM.)
2. Neueinteilung der Garnisonbezirke (damit will Tschanghsüliang die Verlegung seiner Truppen in reichere Provinzen als Schensi und Kanfu durchdrücken).
3. Sicherheitszusage für seine Person.
4. Gleiche Versorgung, Besoldung und Ausrichtung seiner Truppen wie die Nankingtruppen.
5. Sofortige Kriegserklärung an Japan (!).
6. Besetzung der Posten des Oberkommandierenden und des stellvertretenden Oberkommandierenden einer neu zu bildenden „Landeserrettungsarmee" mit zwei Tschanghsüliang-Generalen.

Die Forderungen unter 5 und 6 werden in Nanking als unannehmbar bezeichnet, während man die Forderung unter 1. als „zu hoch" betrachtet.

Da die Nordchinesen und Mandschuren, die die Armee Tschanghsüliangs bilden, die Klimate der südlichen Provinzen schwerlich ertragen würden, käme nur eine Verlegung in eine der Nordprovinzen in Frage.

Tschiangkaischek noch in Gefangenschaft.

DNB **Schanghai**, 20. Dez.

Nach einem Funkspruch aus Sianfu befand sich Marschall Tschiangkaischek am Sonnabend noch immer in Gefangenschaft des Marschalls Tschanghsueliangf. Die Haftverlängerung wird begründet mit dem unbefriedigenden Verlauf der Verhandhungen mit Marschall Jensischan, der vor Einleitung seiner Vermittlungsaktion die bedingungslose Freigabe Tschiangkaischeks gefordert haben soll.

Der Generaldirektor der Bank von China, Sung, flog am Sonntag von Loyang nach Sianfu ab, wo er am Nachmittag eintraf. In einem am Sonnabend von Loyang abgesandten Brief forderte Sung Tschanghsueliang auf, Tschiangkaischek freizulassen. Gleichzeitig gab er darin der tiefen Enttäuschung des ganzen Landes über die verhinderte zum Wochenende erwartete Ankunft Tschiangkaischeks in Nanking Ausdruck.

Nankingtruppen besetzten nach heftigem Gefecht die Ortschaft Huaschien an der Eisenbahnlinie Tungkwan—Sinanfu. Zwei Bataillone der Tschanghsueliangtruppen wurden entwaffnet.

Japan warnt vor Kompromissen.

DNB **Tokio**, 20. Dezember.

Zwischen dem japanischen Außenminister Arita und dem chinesischen Botschafter in Tokio fand am Sonnabend eine Aussprache über die angeblichen Kompromißverhandlungen zwischen Nanking und Sianfu statt. Diesen Verhandlungen sollen, wie aus Schanghai gemeldet wird, die Forderungen Tschanghsueliangs zugrunde liegen. Wie die Agentur Domei berichtet, drückte Außenminister Arita dem chinesischen Botschafter gegenüber die Besorgnis der japanischen Regierung aus, daß durch ein Kompromiß der kommunistische Einfluß in Nanking gestärkt werden würde. Wenn auch die jetzigen Vorfälle eine innere Angelegenheit Chinas seien, so bedeute nach japanischer Ansicht doch eine unter kommunistischem, also japanfeindlichem Einfluß stehende chinesische Regierung eine wachsende Gefahr und Unsicherheit für Japan und für Mandschukuo. Außerdem würde dadurch der Friede im Fernen Osten, den Japan aufrechterhalten wolle, gefährdet. Der chinesische Botschafter habe erwidert, so berichtet Domei weiter, daß ein Nachgeben Nankings gegenüber den Rebellen von Sianfu ausgeschlossen sei. Daher seien auch die Befürchtungen Japans unbegründet.

Minen in den roten spanischen Häfen.

£ **London**, 19. Dezember.

Dem englischen Außenamt ist von der spanischen Nationalregierung amtlich mitgeteilt worden, daß in den Häfen von Malaga, Alemeria, Cartagena, Valencia, Barcelona, Tarragona, Bilbao, Santander und Gijon Minen gelegt worden sind.

Furchtbare Bluttat.

Arzt erschießt seinen Mitarbeiter und seine drei Kinder und begeht Selbstmord.

DNB **Siegen**, 20. Dezember.

Am Sonnabendabend wurde in dem im Kreise Siegen gelegenen Ort Wilnsdorf eine entsetzliche Bluttat verübt. Der hier praktizierende Arzt Dr. Graes hat durch Revolverschüsse seinen Mitarbeiter, den 31 jährigen Arzt Dr. Schneider, seine 11jährige Tochter Inge und seine im Alter von 5 und 8 Jahren stehenden Söhne Joachim und Jürgen getötet und dann sich selbst durch einen Schuß in den Kopf ums Leben gebracht.

Dr. Graes war um 21 Uhr von einem Krankenbesuch zurückgekehrt und bat kurz darauf seinen Mitarbeiter Dr. Schneider, der sich mit mehreren Bekannten und der Frau Graes in dem benachbarten Ort Rudersdorf befand, zu sich. Beide hatten eine längere Unterredung. Als nach 23 Uhr Dr. Schneider heimkehren und gerade seinen Wagen besteigen wollte, gab Dr. Graes plötzlich zwei Revolverschüsse auf ihn ab. Schwerverletzt brach Dr. Schneider zusammen. Dr. Graes begab sich dann ins Haus zurück und gab hier auf seine bereits schlafenden Kinder mehrere Schüsse ab, um darauf die Waffe gegen sich selbst zu richten. Die Hausangestellte alarmierte die Nachbarn und die Gendarmerie. Beim Eintreffen der Beamten gaben Dr. Schneider, das Mädchen und der Sohn Joachim noch Lebenszeichen. Das Mädchen starb aber kurz darauf. Die beiden Schwerverletzten wurden sofort dem Krankenhaus in Siegen zugeführt, wo sie noch im Laufe der Nacht starben. Bald nach Bekanntwerden der Tat war auch der Oberstaatsanwalt von Siegen nach Wilnsdorf gekommen, um hier mit dem Amtsbürgermeister und der Gendarmerie die ersten Erhebungen anzustellen. Das Motiv der Bluttat konnte noch nicht einwandfrei geklärt werden.

Doppelmord aus verschmähter Liebe.

DNB **Nagold**, 20. Dezember.

In der Nacht zum Sonntag sind in Ebhausen (Kreis Nagold) in ihrem Wohnhaus die 76 Jahre alte Witwe Katharina Guhl und ihre Enkelin, die 20 Jahre alte ledige Wilma Guhl, durch Erstechen ermordet worden. Der Verdacht richtete sich von Anfang an auf den bisherigen Geliebten der ermordeten Wilma Guhl, den ledigen 24 Jahre alten Helmut Kuch aus Karlsruhe. Wie aus Briefen hervorgeht, scheint er aus verschmähter Liebe gehandelt zu haben.

Die ermordete Wilma Guhl, die ein zwei Monate altes Kind von Kuch besitzt, hatte sich in letzter Zeit von dem Mann zurückgezogen. Daraufhin hatte Kuch sie wiederholt bedroht und ihr auch angekündigt, er werde sich das Leben nehmen. Durch die sofort eingeleiteten Fahndungsmaßnahmen konnte nun Kuch bereits am Sonntagnachmittag in Karlsruhe ergriffen werden. Er hatte einige Schnittwunden. Ob er sich diese bei der Ermordung der Frauen oder später beigebracht hat, als er, wie er aussagte, Selbstmord begehen wollte, steht noch nicht fest.

Pariser „Gemüsestreik" beendet.

(!) **Paris**, 20. Dezember.

Der Spitzenverband der französischen Frucht- und Gemüsebauern forderte alle ihm angeschlossenen Organisationen auf, die in den letzten Tagen eingestellte Belieferung der Pariser Markthallen wieder aufzunehmen. Zur näheren Begründung sagt der Verband, man müsse anerkennen, daß die Regierung nicht sofort alle Forderungen der Gemüsebauern erfüllen könne, da diese zum größten Teil von einer Abstimmung in der Kammer abhängig seien oder eine Neuregelung gewisser Handelsvertragsbestimmungen mit ausländischen Staaten notwendig machen würden. Jedenfalls sei der Hauptzweck der Lieferungssperre erreicht, nämlich die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung auf die außerordentliche Notlage der Gemüsebauern zu lenken.